

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertagen, mittags

für Stadt und Land

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



Verantwortlicher: Nr. 83 und 184
Postfach Nr. 5796
Scheidt-Hamm

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1/2 Spalte. 10 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 288.

Herford, Mittwoch, den 8. Dezember 1920

38. Jahrgang.

Neue Demütigung.

Protest der Entente gegen deutsche Ministerreden.

Die Rede des Reichsministers und des Reichsministers des Reichs hat jetzt ein eigenartiges Nachspiel gezeitigt, das von überaus ernster politischer Bedeutung ist. Wie wir bereits, haben sowohl der Reichsminister als auch Dr. Simons in Düsseldorf und München Reden gehalten, in denen die allgemein politische Lage dargestellt worden ist und in denen diese maßgebendsten Vertreter der Reichsregierung selbstverständlich auch über die Zustände im besetzten Gebiet gesprochen haben. Das eigentlich war ja auch offensichtlich die politische Absicht des Reichsministers und des Außenministers, daß sie den Rheinländern zeigen wollten, daß sie keineswegs durch die Zeit der Besetzung von Deutschland getrennt werden könnten, und die Rheinländer selbst hätten es nicht verstanden, wenn die Reichsminister nicht von den Sorgen gesprochen hätten, die den Rheinländern Herzen am nächsten liegen. Daß das nicht alles angeht in den Ohren der Besatzungsmächte gelungen hat, ist selbstverständlich, aber die Redner hatten ja auch nicht die Absicht, der Entente Komplimente zu sagen, sondern eher die andere, auf die unerträglichen Zustände hinzuweisen. Die Minister mußten sich zum Wortführer des deutschen Gewissens machen, und daß sie ihre Aufgabe erfüllt haben, das hat sich jetzt am besten dadurch gezeigt, daß der englische, französische und belgische Vertreter in der Wilhelmstraße erschienen sind und dort gleichlautende Protestnoten gegen die Reden Fehrenbachs und Simons überreicht haben.

Diese neue Demütigung übertrifft alle vorhergehenden. Ein deutscher Minister soll nicht mehr berechtigt sein, im deutschen Lande, am deutschen Rhein, zu sagen, was gesagt werden muß. Die Entente hat anscheinend bereits vergessen, daß das besetzte Gebiet deutsches Gebiet ist, denn anders ist der jetzige Protest nicht erklärlich. Bis zur Stunde hat das Reichskabinett noch keine Stellung zu diesen Protestnoten genommen, es ist aber zu hoffen, und es muß erwartet werden, daß diese Protestnote eine einmütige und entschiedene Ablehnung erfährt. Uns leiten dabei nicht nationalistische Beweggründe, aber hier geht es um die Würde und das Ansehen des deutschen Volkes, und soweit sind wir denn doch noch nicht, daß unsere Minister es nötig haben, zu schweigen, wenn das von der Entente aus befohlen wird.

Beamten-Streit?

Unerwünschte Entwicklung.

Die Frage der Beamtensoldatung ist längst aus einer rein wirtschaftlichen zu einer hochpolitischen geworden. Auf Seiten der Beamten wurde diese unerwünschte Entwicklung durch die Drohung mit dem Beamtenstreik gefördert. Auf Seiten der Parteien ist die Politik durch parteipolitische Uneinigkeit hineingetragen worden. Die Mehrheitsparteien hatten sich mit der Regierung mühsam darauf geeinigt, daß lediglich den kinderreichen Beamten durch Kinn- und Gehaltszuschüsse geholfen werde. Im Haushaltsausschuß ließen sich die Oppositionsparteien nach langen Verhandlungen bereit finden, dem Kompromiß zuzustimmen. Allerdings haben aber die Fraktionen der Deutschnationalen und der Mehrheitsparteien dieses Kompromiß wieder durchbrochen, indem sie beschließen, Abänderungsanträge einzubringen, die über die letzten Vereinbarungen hinausgehen und ein prozentige allgemeine Teuerungszulagen vorsehen. Durch diese Abänderungsanträge ist die Gefahr heraufbeschworen, daß das Kompromiß der Mittelparteien, das schließlich, wenn auch widerwillig, von der Reichsregierung angenommen worden war, zu Fall gebracht wird. Dann würde nicht nur der Reichsfinanzminister Dr. Wirth, sondern auch die Regierung den Rücktritt erklären müssen. Was daraus für weitere politische Folgen entstehen könnten, ist nicht vorauszuweisen. Es waren deshalb am Dienstag nachmittag im Reichstag lebhaft Verhandlungen im Gange, um in letzter Stunde noch eine Verständigung herbeizuführen. Die Regierungsparteien erwogen, ob innerhalb der vom Hauptausschuß bewilligten Mittel eine andere Verteilung dergestalt möglich sei, daß der Teuerungszuschlag allgemein zu gewähren und dann die vorgesehenen Kinderbeihilfen entsprechend zu kürzen seien. Die Regierung wollte demgegenüber aus den bekannten Gründen von den bisherigen Beschlüssen nicht abgehen und wies darauf hin, daß keinesfalls der Reichstag zustimmen würde.

Es ist für die Beamtenschaft nicht ohne Interesse, daß innerhalb des Zentrums jetzt der Gedanke erneut zur Diskussion gestellt wird, wonach die Beamten der großen Verkehrsanstalten des Reichs und der Einzelländer künftig unter Verzicht auf ihre jetzigen Vorrechte hinsichtlich der Pensionierung usw. in die Stellung von freien Angestellten überzuführen seien. Wenn dergleichen Ideen von Zentrumsseite erörtert werden, so darf man wohl über sie nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen, und vielleicht muß auch die Beamtenschaft aller Kategorien sich rechtzeitig über die Entwicklung klar werden, die zu ihren Ungunsten durch einen überstürzten Streik unter Umständen durch sie selbst in Gang gebracht werden könnte.

Das Neueste vom Tage.

Der Allgemeine Deutsche Sparkassentag wurde in Dresden eröffnet.

Der englische Gesandte in Athen hat der griechischen Regierung eine Note ausgereicht, durch die England und Frankreich das Darlehen von 400 Millionen Drachmen zurückziehen, das sie dem venezianischen Kabinett machten.

Die amerikanische Regierung verlangt für das neue Finanzjahr, das am 1. Juli des nächsten Jahres beginnt, 4654 Millionen Dollar.

Bei der Volksabstimmung in Griechenland und entschieden sich 99 v. H. für die Rückkehr Konstantins.

Sunderland, der von Lloyd George als Mittelsmann nach Irland geschickt war, ist nach London zurückgekehrt. Er erklärte, daß in Irland sich ein starkes Friedensbedürfnis bemerkbar mache.

Die Baumwollfabriken in Banashire (England) werden wegen der Absatzkrise wöchentlich nur drei Tage arbeiten.

„Berliner Tageblatt“ meldet aus Gelsingfors: Die russischen Sowjetzeitungen teilen mit, daß es jetzt in Rußland 84 Gefangenenlager gibt, in denen sich 89 000 frühere Beamte, Offiziere, Polizeibeamte usw. aus der Zarenzeit befinden.

Die Auffassung der Regierung.

In Berlin, 8. Dez. (Sig. Draht). Zur Frage des Beamtenstreiks und einer möglichen Resistenz verweist eine offizielle Auslassung auf die Erklärung der Regierung vom 20. Februar 1920, die noch heute den Standpunkt der Regierung darstellt. Danach ist das Beamtenverhältnis ein Treueverhältnis. Dieses Treueverhältnis tritt auch dadurch in die Erscheinung, daß der Beamte einen Dienstleistet, der dem Beamten mit Rücksicht auf die ihm der Allgemeinheit gegenüber obliegende Pflicht das Recht verleiht, sein Amt willkürlich zu verlassen. Demgegenüber ist auch die Mehrzahl der Beamten auf Lebenszeit angestellt und kann nur im Wege des gesetzlich geregelten Disziplinarverfahrens entlassen werden. Ferner sind die Rechte des Beamten auf ein bestimmtes Gehalt, auf ein Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gesetzlich geregelt und durch die Reichsverfassung besonders gewährleistet. Bei diesem besonders garantierten Verhältnis von Recht und Pflicht bricht ein Beamter, der streift, seinen Eid und verlegt die Amtspflicht, die er übernommen hat. Die Reichsregierung kann keinen Unterschied erkennen zwischen Fernbleiben von der Arbeitsstätte, also Streik, und sogenannter passiver Resistenz, in allen diesen Fällen verlegt der Beamte die ihm obliegende Dienstpflicht. Infolgedessen habe er auch in allen diesen Fällen die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziel der Dienstentlassung und dem Verlust seines Dienstverhältnisses zu gewärtigen.

Wth. Berlin. Die Versuche des Deutschen Eisenbahnerverbandes, direkte Verhandlungen über die Erhöhung der Teuerungszulagen herbeizuführen, haben erreicht, daß heute nachmittag im Reichstag zwischen den einzelnen Verbänden und den Vertretern der beteiligten Reichsministerien über die Forderungen der Eisenbahner verhandelt wird. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird Mittwoch vormittag zu einer Sitzung zusammenzutreten, in der die Minimalforderungen festgelegt werden sollen.

Bielefeld. Die gestern nach dem Konzerthaus einberufene öffentliche, stark besuchte Versammlung der gesamten Post- und Telegraphenbeamtenschaft von Bielefeld und Umgebung erblickt in der Veranschaulichung ihrer Befoldungsverbesserung einen Verstoß gegen den § 17 des Befoldungsgesetzes und fordert als Ausgleich für die im Widerspruch mit dem Beamtensoldatengesetz stehende völlig unzureichende Befoldung und zur Schuldenabklärung eine einmalige Teuerungszulage von mindestens 3000 M. Die bisher bewiesene Gleichgültigkeit der Regierung, der fortschreitenden Verelendung der Beamten entgegenzuwirken, bringt diese zur Verzweiflung. Die Kollage ist derart, daß die Beamten mit ihren Familien fast durchweg vor der Unmöglichkeit stehen, bis zum Jahresende durchzuhalten. Die Versammlung ist nicht gewillt, dem Verhalten der Regierung noch länger zuzusehen. Sie fordert ferner, daß in Erfüllung des § 17 des Befoldungsgesetzes der Teuerungszuschlag den gegenwärtigen Teuerungszuständen sofort angepaßt wird. Wenn nicht alsbald ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um der von Geldmangel völlig entblößten Beamtenschaft die Existenz bis Ende Dezember zu ermöglichen, ist Schlimmes zu befürchten.

Gelsenkirchen. Die hiesigen Post- und Telegraphenbeamten haben nach einer Betriebsversammlung an die maßgebenden Stellen die telegraphische Erklärung abgegeben, daß sie angesichts der unhaltbaren wirtschaftlichen Notlage nicht mehr in der Lage sind, ihren Dienst in der gewohnten Weise zu versehen. Sie verlangen sofortige lakräftige Hilfe und arbeiten von gestern an nur noch nach Vorchrift. Bei weiterer Untätigkeit der Regierung werden sie eine Urabstimmung über den Streik herbeiführen.

Der Wiener Beamtenstreik.

Wth. Wien. Im Beamtenstreik ist bisher keine Änderung eingetreten. Gegenüber einer Abordnung der Staatsangestelltenvereinigung erklärte der Bundeskanzler, der Staat sei am Ende seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt. Die Regierung könne sich bei Verhandlungen nur auf Konzessionen innerhalb der neuen Befoldungsreform einlassen. Der Kabinettsrat werde sich neuerlich mit der Frage beschäftigen und es sei nicht ausgeschlossen, daß auch bei der gemeinschaftlichen Botschafterkonferenz über die gegenwärtige Lage eingehend berichtet wird. Eine gestern vormittag abgehaltene Versammlung der streikenden Staatsbeamten beschloß, die Verhandlungen nur auf der Basis der der Regierung unterbreiteten Forderungen zu führen.

Rücktritt des Bremer Senats.

Der aus Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und der Deutschen demokratischen Partei bestehende Bremer Senat ist auf Grund eines einstimmig gefassten Beschlusses zurückgetreten, weil er beim Verbalten der sozialistischen Mehrheit der Bürgerchaft die Geschäfte nicht weiterzuführen zu können glaubt. Nach der bremschen Verfassung kann in einem solchen Falle ein Drittel der Bürgerchaft verlangen, daß ein Volkstschied darüber herbeigeführt wird, ob der Senat zurücktreten oder die Bürgerchaft neu gewählt werden soll. Dieses Verlangen ist von den bürgerlichen Mitgliedern der Bürgerchaft gestellt worden. Bis zu diesem Volkstschied führt der bisherige Senat die Geschäfte weiter.

Lotterwirtschaft in den ehem. deutschen Kolonien.

Der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Dr. Schme, brachte in einem in Dresden gehaltenen Vortrage schlagende Beweise dafür vor, daß es den Eingeborenen der bisherigen deutschen Kolonien unter der Verwaltung der Ententeregierungen jetzt tatsächlich schlechter geht, als es ihnen jemals gegangen ist. Er wies auf das Verkommen der Pflanzungen und die Mängel der Rechtsprechung, auf das Ueberhandnehmen von Seuchen und die wachsende Unzufriedenheit der Eingeborenen in Westafrika, Ostafrika und der Südpazifik hin. Der Völkerverbund habe nach Artikel 22 der Völkervereinbarungen die Verpflichtung, für das Wohlergehen der eingeborenen Bevölkerung in jenen einer Mandatsmacht zu unterstellenden Gebieten zu sorgen. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die Uebertragung der Mandate über seine bisherigen Kolonien auf Deutschland den Wünschen und Interessen der Eingeborenen am besten entsprechen würde.

Reichstag.

Dienstag, der Tag der kleinen Anfragen! Während im Sitzungssaal die Abgeordneten ihre Anfragen verlesen und die Antwort vom Regierungstisch entgegennehmen, herrscht im Wandelgange und unter der großen Kuppel reges Leben. Zahlreiche Gruppen bilden sich. Es sind Vertreter von Beamtenorganisationen in erregtem Gespräch mit Abgeordneten aller Parteirichtungen, die versuchen, noch in letzter Stunde die Volksvertreter für ihre Forderung zu gewinnen. Sie schildern die Notlage weiter Kreise der Beamtenschaft und suchen nachzuweisen, daß das, was der Ausschuss beschloffen hat, unzulänglich ist. Allerdings die Beratung über das Befoldungsgesetz konnte gestern noch nicht stattfinden und mußte auf Donnerstag verschoben werden, weil entgegen den Abmachungen sowohl die Deutschnationalen, wie die Sozialdemokraten Abänderungsanträge eingebracht haben, die über die Ausschussbeschlüsse hinausgehen, und die vom Finanzminister als unannehmbar bezeichnet worden sind. Man merkt die Nähe der Wahlen, und die Parteien, die nicht in der Regierung sind, haben nicht Verantwortlichkeitsgefühl genug, auf den Agitationsstoff zu verzichten. Das Haus tritt in die Fortsetzung der Aussprache über den Ernährungsetat ein. Zunächst sprechen drei Landwirte: der Abg. Blum vom Zentrum, der Abg. Krüger von den Deutschnationalen und der Abg. Dicks von der Deutschen Volkspartei. Alle drei Redner sind über den bisher vorgenommenen Abbau der Zwangswirtschaft höchst beunruhigt und verlangen, daß auf dieser Bahn weiter fortgeschritten werde. Sie stellen die Forderung der landwirtschaftlichen Erzeugung in den Vordergrund und verlangen eine bessere Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln. Blum und Dicks kommen auf den vorgestrichen Zusammenstoß des preussischen Landwirtschaftsministers zurück, mißbilligen den Minister Hermes ausdrücklich ihr Vertrauen aus. Nach ihnen kommt der Unabhängige Dr. Herz zu Wort. Seine Rede ist natürlich auf eine andere Tonart gestimmt, als die der Vorredner. Er nimmt sich den Fall Augustin vor und begründet einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungskommissses zu dessen Prüfung. Aber auch Herz wagt es nicht mehr, die Zwangswirtschaft zu verteidigen, er verurteilt nur noch ihre, nach seiner Ansicht, planlose Aufhebung. Gegen Schluß der Sitzung ergreift der Reichsminister Dr. Hermes noch das Wort zu einer Widerlegung der Angriffe, die der unabhängige Redner gegen seine Haltung im Falle Augustin erichtet hatte.

Rebe. Hier ist man umfangreichen Viehschmuggelgeleien auf die Spur gekommen. Hiesige Viehhändler und Engroschmuggler kauften Rindvieh in Deutschland auf und trieben es allmählich von Elappe zu Elappe bis auf die Weiden von Grenzauern, die es dann mit Leichtigkeit auf die angrenzenden holländischen Weiden jagen konnten. Die Grenzbeamten konnten deshalb bisher Beweise nicht erhalten. Ins Rollen kam der Stein durch die Verhaftung eines holländischen Schmugglers, bei dem man ein Notizbuch beschlagnahmte, in dem die Namen von Auftraggebern und Schmugglern verzeichnet waren. Ein Verhafteter hat zudem im Gefängnis ein umfangreiches Geständnis abgelegt, so daß weitere Verhaftungen bevorstehen dürften. — Das starke Zugreifen der Grenzbehörden hat schon so gewirkt, daß nach zuverlässigen Nachrichten Grenzauern nach Holland herüber geschmuggeltes Vieh mit großem Schaden zurückzukaufen versuchten, um der Strafe zu entgehen.

Preussische Landesversammlung.

In der preussischen Landesversammlung kam zu Beginn der Sitzung das übliche Frage- und Antwortspiel. Bei der Behandlung der Anzahl von Anträgen und nach Verlesung der einzelnen Anträge durch einen der Antragsteller erschien auf der Rednertribüne ein Regierungsvertreter, der mehr schlecht als recht sein Sprüchlein herjagte. Auf den Tribünen ist natürlich nichts zu verstehen. Dabei betreffen diese kleinen Anträge durchweg allgemeines Interesse, die die Öffentlichkeit beschäftigen. Es wäre dringend erwünscht, wenn ihre Erledigung mit mehr Würde erfolgte. Zwei Tausend Abgeordnete waren anwesend; eine gemächliche Ruhe lag über dem Hause. Herr von Kries liest in seinem Präsidentenstuhl die Zeitung. Zu seiner Rechten thronet Herr Weighermel (Dn.), zur Linken Frau Ege von den Mehrheitssozialisten. In ruhiger Bescheidenheit waltet sie ihres Schriftführeramt. Die einzelnen Parteien haben nur einige Vorschläge in den Saal geschickt, man kann ja nicht wissen, es könnte sich doch etwas ereignen. Hier und da plaudern in kleinen Gruppen die Abgeordneten untereinander. Zwischen durch hört man das holsteinische Organ des Abgeordneten Peters aus Hochdonn (Zog.), der seine landwirtschaftlichen Erfahrungen zum Besten gibt. Es ereignet sich aber nichts. Bemerkenswert war lediglich die Erklärung des deutschen Volksparteilers, daß die Partei fastlich das Auftreten des Landwirtschaftsministers im Reichstag billigt, so wenig man ihm auch in formeller Beziehung beistimmen kann. Man erledigte den Haushalt der Domänenverwaltung und überweist damit an den Ausschuss einen Gesetzentwurf, der die Selbstbewirtschaftung der Domänen durch den Staat regelt. Dann kam man zum Haushalt der Anstaltungskommission. In der Aussprache wurde von allen Rednern der Wunsch ausgesprochen, daß den Anstaltungen ihr Los möglichst günstig zu gestalten sei, zwar seien diese Anstalten in Westpreußen und Posen vorläufig verloren, deshalb würden sie aber nie von ihren Brüdern jenseits der Trennungslinie vergessen werden. Am Mittwoch findet des katholischen Feiertages wegen eine Plenarsitzung nicht statt.

Rundschau.

Demokraten und Frauenrechte. Die demokratische Fraktion stimmte dem interfraktionellen Frauenantrage zu, nach dem die Frauen zu den juristischen Prüfungen und zum Richteramt unter denselben Voraussetzungen wie die Männer zugelassen werden müssen.

Das Sperrgesetz wurde gestern im Besoldungsunterausschuß behandelt. Die Demokraten stellten eine Reihe weitgehender Abänderungsanträge. Nach ihnen soll den Ländern die Aufsicht über die Regelung der Gemeindebeamtenbesoldung übertragen werden, nicht dem Reich. Ferner soll eine Einkommensgrenze nach unten festgesetzt werden, bei den Schiedssprüchen sollen Vertreter der Organisationen miteinbeziehen. Die Regierung widersprach. Darauf trat Vertagung ein, damit die Parteien zu den Anträgen Stellung nehmen und mit der Regierung über einen gangbaren Weg verhandeln können.

Die Wohnungsnot wurde gestern im Ausschuss für das Wohnungswesen behandelt. Man beschloß, einen Unterausschuß zu bilden, der die Materialien vorzubereiten hat, für die endgültige Entscheidung darüber, ob die notwendigen Baumittel durch Erhebung einer Mietesteuer oder durch Gewährung eines Reichszuschusses in Höhe von 2 Milliarden oder nach dem Antrag Damaschkes durch Darlehnskassenscheine aufgebracht werden sollen.

Der Kampf gegen den Wucher. Der Rechtsausschuß des Reichstages behandelte gestern den Gesetzentwurf zur

Verhärterung der Strafen gegen den Schleichhandel, Preistreibern usw. Ein demokratischer Antrag: Gast- und Schenkwirte und Personen, welche gewerbmäßig Nahrungs- oder Genußmittel zum sofortigen Verbrauch veräußern, als Verbraucher im Sinne des Gesetzes anzusehen, wurde abgelehnt. Einem gleichen Schicksal verfiel ihr Antrag, als besonderen schweren Fall anzusehen, wenn der Täter aus Sicht nach übermäßigem Gewinn handelt. Die Sitzung wurde auf Donnerstag vertagt.

Die sozialistische Regierung in Sachsen ist nunmehr endgültig gebildet worden. Die Kommunisten werden für den Ministerpräsidenten stimmen, als welcher Herr Bud im Amte bleibt. Die Unabhängigen sollen drei Ministerien erhalten und zwar das Kultus, das der Arbeit und das Innenministerium. Anstelle des ausgezeichneten Schulmanns Dr. Seyfert, der als Demokrat bisher das Ministerium inne hatte, wird der unabhängige Redakteur Fleißner treten, einer der rabiatesten Agitatoren der sächsischen U. S. P. Der bisherige mehrheitssozialistische Arbeitsminister Held wird Finanzminister werden. Diesen Posten hatte bis dahin der Demokrat Dr. Reinhold, ebenfalls ein ausgezeichnete Fachmann auf seinem Gebiet, inne. Arbeitsminister wird Herr Jädel, ein Redakteur aus dem Reichstage und Minister des Innern der Leipziger Kolporteur Bipinski. Das sind nun die Grundgesamtheiten des sächsischen Kabinetts. Wann werden die Wähler begreifen, daß nicht die Extreme von rechts und links, sondern nur die demokratische Mitte, die Partei des Ausgleichs und der Volksgemeinschaft ruhige Aufwärtsentwicklung und innere Gesundung verbürgt?

Massenpensionierung in Deutschösterreich. Die Regierung beginnt den Abbau des Beamtenheeres mit einer Massenpensionierung aller Beamten mit über 35 Dienstjahren und jenen, die über 65 Jahre alt sind. Die holländische Regierung hat das Anerbieten gemacht, 3000 österreichische Staatsbeamte, soweit sie geeignet sind, in den Eisenbahndienst von Hollandisch-Indien zu übernehmen. Die Regierungen Brasiliens und Argentiniens wollen 30 000 Staatsbeamten durch Ueberlassung von Land zu neuem Lebensunterhalt versehen.

Die Bayerischen Kompagnien für das Wachregiment Berlin sind nunmehr in der Reichshauptstadt eingetroffen. Bekanntlich hatte die bayerische Regierung gegen die Bestellung dieser Truppenteile Einspruch erhoben. Man darf aber wohl hoffen, daß man sich in München jetzt beruhigt. Es geht natürlich nicht an, ständig gegen den Volkseigenen zu zernern, um dann die praktischen Maßnahmen der Reichsregierung zur Verhütung jeder bolschewistischen Unruhe zu durchkreuzen.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Bernspruch-Katzenberg der Schriftleitung Nr. 151.

8. Dezember

Brüderlichkeit.

Von Wilhelm G. S. Mann - Wilhelmshaven.

Wir dürfen nicht müde werden, sie zu predigen, wir dürfen nicht erlahmen, stets in ihrem Geiste zu handeln, auch wenn nur Gespött uns lohnen sollte. Nur wenn das deutsche Volk einer aus nationalem und sozialem Geiste geborenen Bruderschaft sich zu dienen befähigt, hat es die Bürgerschaft für den Wiederaufstieg. Brüderlichkeit heißt nicht verwischene Gleichheit, Vertuschung von naturgegebenen Unterschieden, heißt nicht Nachläßertum und Kompromiß, sondern sie bedeutet den Willen zu einer überparteilichen Gemeinschaft aller positiv gerichteten Volksgenossen aus der Gesinnung heraus. Alle, die wir für starkes Deutschland, für Vertiefung der Kultur, für eine gesunde Moralität, überhaupt für Gesundheit unseres Volkes kämpfen, wir gehören zusammen in einem heiligen, unbeschworenen Bunde, der dem Werden dient. Gegenseitige sollen dabei nicht überleitet, sondern in freiem Bemühen geklärt werden, damit wir aus dem Sumpfe der

unseligen Parteilichkeit und des Scheuklappentums herauskommen.

Wie ist denn der Zustand? Jeder weiß, daß z. B. die politischen Parteien — alle ohne Ausnahme, wenn man die richtunggebenden betrachtet — überlebte Vorkriegsgebilde sind, die durch allerhand Neuprodukte ihr Gesicht ein wenig verändert haben, im Grunde aber fast genau dasselbe Weltanschauungs-, Politik- und Wirtschaftsinteressenkonglomerat vorstellen, wie ehemals, und daß uns das Parteigezänk nur immer mehr auseinanderreißt, ein Gezänk, das aus furchtbarer völkischer Not eine Zämenlichkeit macht. Man zählt die Mitgliederbestände auf, man nagelt den Gegner fest, wenn er im gegenseitigen Belagerungs- und Belauerungsstand mal einen parteiaktiven Fehler begeht, man sucht kleinliche Unterschiede, ergreift sich in Schmähungen und Verdächtigungen. Ist jumeist ängstlich auf die Parteibogmatik bedacht und schreit Zeter und Mordio, wenn einer, der freieren Geistes ist, wider den Stachel löst. So kommen wir nicht weiter! Man spricht sehr viel von Nationalismus, Sozialismus und Demokratie, in den Tatsachen aber wird so unnational, so antisozial und so undemokratisch gehandelt, wie nur möglich. Schaumflügelerei. Das macht, weil uns der Sinn für die Tiefen verlorengegangen ist, für die Tiefen, in die man sich am Seil der bloßen Schlagwortbegriffe nicht hinablassen kann, sondern die nur für den Erreichbar sind, der sich entschieden frei macht von den Binden der bloßen Formalität, um den Blick auf das Wesentliche richten zu können. Es gibt aber Menschen, die diesem Wesentlichen zu dienen berufen sind, in allen Parteilagern und sehr oft außerhalb der Parteien. Es gibt ihrer weit mehr, als mancher Parteibonze es wahr haben will, jener Parteibonze, der in Deutschland ein so unseliger Schrankenwärter geworden ist.

Die Forderung heißt also immer und immer wieder: sich in den Dienst des Brudergeistes stellen und über dem Tagesgezänk nicht vergessen, daß es auf die Einigung aller ankommt, die wiederaufbauen wollen. Wir Deutschen dürfen nicht zunächst an das Bauen, sondern müssen vor allem an das Bauen denken. Können wir uns nicht freimachen von Selbstsucht, Selbstüberheblichkeit und Parteilichkeit, eignen wir uns nicht eine gewisse Größigkeit an, so bleibt uns kein Lichtblick für die Zukunft. Wenn wir den Geist der Demokratie und des Sozialismus so fassen, daß wir wirklich uns in den Dienst der Volksgemeinschaft stellen, anstatt nur immer Futtertrümpfenwünsche zu haben und dem göhnen Materialismus, durch den der hehre sozialistische Gedanke vergiftet worden ist, mit immer wachsender Sier zu opfern, dann müssen wir wieder gefunden.

Dazu gehört Glauben und „verrückter“ Idealismus, das wissen wir wohl, und es wird jumeist Mäheleiden und bestenfalls Bemitleidung sein, die diejenigen ernten, deren Ziel solche deutsche Demokratie und solcher deutscher Sozialismus ist, aber ohne einen großen Glauben ist kein dauerhafter Großes erlangbar. Nur aus jenen Kräften noch, die „nicht von dieser Welt“ sind, und die in dieser Zeit des Egoismus und des Mißtrauens verachtet und verspottet werden, kann uns Rettung blühen.

Deutsche Idealisten, bleibt treu eurem Geiste und wecket den Geist! Ueberparteiliche Volksgemeinschaft bleibe das unverrückbare Ziel.

h. Festlegung der Schlachtzeiten auf dem Städtischen Schlachthofe. In der heutigen Ausgabe der Herforder Zeitung erklärt der Magistrat eine Bekanntmachung, die sich auf die Regelung der Schlachtzeiten im Städtischen Schlachthof bezieht. Demnach wird an den ersten drei Tagen der Woche geschlachtet, und zwar sind die Hallen Montag und Dienstag von 9 bis 5 Uhr geöffnet, während Mittwoch der Betrieb um 1 Uhr eingestellt wird. Zwei Stunden vor dem jedesmaligen Schluß findet die letzte Lebendschau statt.

— Geheißliches Verbot der Arbeitsannahme bei zwei Arbeitgebern. Zur Abstellung der Klagen über Konkurrenz von festbeschäftigten Arbeitern durch Annahme von Arbeiten nach Schluß der Arbeitszeit und Verstellung sog. Fluscharbeiten beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium im Entwurf über die Regelung der Arbeitszeit, der sich in Vor-

frage sie hochwohl und überlegen. „Ich habe Freunde, die schon seit lange sehnächtig die Arme nach mir herüberstrecken. Bin ich einmal in ihrem Bereich, dann wollest du mich — mein Gott, von mir will ich gar nicht reden — ich meine, hauptsächlich alles, was mit dem Namen Steinbrück verknüpft ist, vergebens zurückfordern — du siehst, der Schritt würde dir ein wenig teuer zu stehen kommen.“

„Diese guten Freunde keine ich“, entgegnete er — für ihre letzte Bemerkung hatte er nur ein verächtliches Achselzucken. „Es sind diejenigen, denen man glaubhaft zu machen gewohnt hat, mein guter, alter Papa habe dich durch allerhand teuflische Kräfte und Blendwerk deinem ursprünglichen, heiligen Beruf entzissen, um seinem Sohn eben jenes alles, was mit dem Namen Steinbrück verknüpft ist, zuzuwenden. Es ist wahr, mein Vater hat lebhaft unsere Verbindung gewünscht“, fuhr er fort. „Dein stilles, gelassenes Wesen, die widerspruchsfreie Hingebung in deinen sehr häufig geschriebenen Briefen, haben dich in meinen Augen madonnenhaft verklärt. Er war damals dem Tode nahe und hat geglaubt, er bette das Geschick seines Sohnes sanft und weich. Und dieser Sohn hat in jenen schweren Stunden gar nicht an die Zukunft gedacht, er hat nur angstvoll in das verklärte Auge des Kranken gesehen und über den gewollten Freundschaftstrahl gejubelt — du weißt doch, ich habe damals aufrichtig, ohne Rückhalt mit dir gesprochen.“

„Das soll wohl jetzt heißen, du habest mich nie geliebt?“

„Habe ich dir je Liebeslebenshaft geseudelt?“ fuhr er empört auf. „Wohl habe ich mich von Anfang an redlich bemüht, unser Zusammenleben zu einem harmonischen zu machen.“

„Ich auch!“ — Sie erhob sich so überlegen, als hätte sie den letzten, wichtigen Trumpf in den Händen. — „Es ist mir unversehens wie ich vor unserer Verheiratung im Schillinghof war, um mich ein wenig umzugeben. Ich war sehr erschrocken, hauptsächlich erschrocken um deinetwillen, der du gewollten sein solltest, deine junge Frau in jene tabakverraucherte Hauswirtschaft eines alten Soldaten zu bringen. Was damals geschehen konnte, dir diese Beschämung zu ersparen, ich habe es opferwillig und gern getan — der Schillinghof war binnen wenigen Wochen ein ständesgemähes Heim für uns. Du hast das leider nur zu bald vergessen.“

(Fortsetzung folgt.)

Im Schillinghof.

78 Roman von E. Marlitt.

„Ich will diese Freiheit aber nicht, und dir gestatte ich sie noch viel weniger.“

Er lächelte verächtlich und schritt nach dem Atelier. Sie hielt sich eng an seiner Seite.

Die Tür des Wintergartens stand offen, und sie traten ein. Es war schül drinnen; keiner der Springbrunnen war in Tätigkeit; Baron Schilling hatte sie vor einigen Stunden selbst geschlossen, weil ihm ihr Kläuschen störend gewesen war. Er trat an das große Becken, und gleich darauf züchte die silberfunkelnde Wassergarbe empor und durchstäubte erfrischend die schwere, balsamische Luft.

Und die Baronin huschte mit der stinken Geschäftigkeit einer sorglichen Hausfrau hastend zu den zwischen den Pflanzen halb versteckten kleinen Steinumranden und ließ die Wasserstrahlen, einen nach dem anderen, aufsteigen. „Das ist sehr hübsch“, sagte sie, mit den Augen die dünnen, glänzenden Wasserbogen verfolgend, die sich über ihrem Haupte wölben, um in das große Becken niederzufallen — sie ließ sich gefällig zu einem Lob herab. „Ich habe keine Ahnung von dieser netten Spielerei hinter den Glaswänden gehabt, sonst hätte ich doch vielleicht meine Abneigung vor dem Atelier unterdrückt und wäre manchmal hierher geschlüpft, um in deiner Nähe zu sein... Nun, wenn wir zurückkommen!“

Er schwieg; sein Zug seines Gesichtes bewegte sich, während er umgering und sorgfältig die Röhren wieder schloß, die sie aufgedreht hatte. „Das macht zu feucht“, bemerkte er kurz. „Es war ein Fehler, so viel Wasser neben dem Atelier zu sammeln.“

„Ist denn der Zufluß so erheblich?“

„Er ist so bedeutend, daß mein Arbeitslokal bei irgendeinem Versetzen sehr schnell unter Wasser gesetzt werden könnte.“ Damit wandte er sich ab und schob den Samboordhang hinter der offenen Glaskür zurück, um in das Atelier zu gehen.

„Es, das könnte uns in diesem Augenblick fehlen!“ rief sie, ihm fast auf dem Fuße folgend. „Drüben im Hause die Zerföhrung und

hier — doch, mein Freund, nun gib der Wahrheit die Ehre!“ — unterbrach sie sich und sank überlegen lächelnd in den nächsten Bohnstuhl. „Habe ich nicht recht gehabt mit meinem Widerwillen gegen diese amerikanische Einquartierung? Was alles hat unser ehrbarer, stiller Schillinghof in dieser Zeit mit ansehen müssen! Die Flucht einer Ballettängerin mit Hinterlassung von Schulden, eine tödliche Krankheit, die auch mein Leben bedroht hat, als ich ahnungslos zurückkehrte, — die Verwüstung in unserem schönen Holzsalon.“

„Ohne die Hamphens unglücklicher Vater Gott weiß wie viele Jahre noch auf deinen besonderen Befehl spulen gehen müßte.“

„Und unser eigenes Jernwürfnis um dieser fremden Leute willen“, fuhr sie fort, wie immer jede Anspielung auf einen ihrer Jernfächer überhörend.

Sie schüttelte boshaft in sich hineinlächelnd den Kopf. „An dieser bronzefarbenen Schönheit hast du keine Eroberung gemacht, mein Freund.“

Die Bequem hingefunkelte Frau sprach weiter, lächelnd vor innerer Befriedigung und unerschöpflich in der Schilderung der „ergötlichen“ Szene, die sie kaum noch im Holzsalon erlebt hatte, und dann richtete sie sich plötzlich auf ihrer nachlässigen Stellung auf und rief erschrocken: „Aber ich verplaudere hier die Zeit, und meine Jungfer sitzt drüben und hat keine Ahnung, daß die Arbeit begehrt über sie hereinbricht!... Im Ernst, Arnold, kannst du nicht noch einen einzigen Tag zugeben?“

„Ich sagte dir bereits, daß meine Abreise deine gegenwärtigen Lebensgewohnheiten in keiner Weise berühren wird!“ rief er ungeduldig herüber. „Wie oft soll ich wiederholen, daß ich allein reisen werde.“

„Zorheit!“ — Ich gehe jetzt, um Adelheid selbst zu benachrichtigen.“

„Und ich“, unterbrach er sie harten Tones — „ich werde Frau von Riedt schriftlich anzeigen, daß ich dir unter keinen Umständen gestatte, mich zu begleiten, daß ich dich, „deine Seele“ — um mit einem klästerlichen Bathos zu sprechen — für heute und immerdar ihrer Obhut und Leitung widerspruchslos überlasse.“

Sie schmeckte empor, als habe sie nie in ihrem Leben an Muskel- und Nervenschwäche gelitten, und trat ihm hochaufgerichtet gegenüber. „Das wirst du wohl bleiben lassen, mein lieber Arnold!“

bereitung befi die solchen Ar mäßig bis zu den, unterfragt einem zweiten den Arbeitge mung Arbeitn handlungen so ner beabsichtig Lieberarbeit in drohen, als fle gefestlichen willige Neben verboten wer Hier können greifen.

— Mänge losenunterstütz unter, weil e empfänger in es, daß es wie Zeit zwei- Die Zahl sold amtliche Geme in jeder Rum urteilung gela zember werden betrügerischen Schöffengericht Strafen betru wurde noch a erkannt.

— Anstet bis 27. Novem 49 Fälle anst 17 Gefanlung desfall an Rin Gefanlungen fall an Unter

h. Die W Die Mail- un gen Monaten in den Viehbe Auch unter M gefährlichen E die Krankheit dittingdorf e Gehöften.

— Vollst merksam zu d des Herrn M wicklung des Beginn.

— Die geichrieben: l schsten steht hörter Steuer gaben. Da f Drucken von Jedes Stüd Kaufkraft des mehren, die k Zeit verringere geldwirtschaftl finanziellen A und Kapitala Kulturarbeit Gemeinheit e macht werden Leben Heimf elend ein End

Städ Die Vort Merid beginnt an M in der Aula jeben Mittwoch Bezahlun

Am Domn Beziel 1 Beziel 1

Die Schlac Montag Dienstag Mittwoch Die lekte Schlichtung sta ihr geklocht Herford

Kartoffel toffen zum Die Abgabe e nicht, oder n ind. Die Re

Bezieher nicht beliebt Rathaus, Zin genes, nicht Mühle Berter Herford,

Am Domn Beziel 1 Beziel 1

Die Schlac Montag Dienstag Mittwoch Die lekte Schlichtung sta ihr geklocht Herford

umz. heranz.
daß z. B. die
e, wenn man
Vorkriegsge-
en ihr Gesicht
ast genau das
paßtsinteressen
daß uns das
reißt, ein Ge-
e Zäunmerlich-
de auf, man
ittigen Belege-
parteiattischen
de, ergeht sich
meist ängstlich
eter und Mor-
er den Stachel
richt sehr viel
ratie, in dem
so antifo-
ndelt, wie
weil uns der
für die Tiefen
Begriffe nicht
reichbar sind,
en der bloßen
e richten zu
Wesentlichen
und sehr oft
ist mehr, als
r Parteiböge,
kenwärter ge-
immer wieder:
es stellen
daß es auf die
wollen. Wir
nen, sondern
nmen wir uns
hebelkeit und
Großzügigkeit
ft. Wenn wir
us so fassen,
Kommunismus
ische zu haben
er hehre sozia-
ner wachsender
gesunden.
Realismus, das
Hielucken und
ernten, deren
eutscher Sozia-
ft selten dauer-
stien noch, die
iefer Zeit des
verspottet wer-
e und wecket
ast bleibe das
em Städtischen
Herforder Zei-
hung, die sich
schen Schlacht-
rei Tagen der
Montags und
Mittwochs
Stunden vor
endischau statt.
ahme bei zwei
er Konkurrenz
von Arbeiten
g sog. Pfusch-
rium im Ent-
sich in Vor-
de, die schon seit
n. Bin ich ein
n Gott, von mir
alles, was mit
urückfordern -
stehen kommen".
er - für ihre
Nichtjungen.
en gewußt hat,
teuflische Kräfte
auf entziehen, um
Steinbrück ver-
lebsthaft unsere
illes, gelassenes
sehr hübsch ge-
dommenhaft ver-
glaubt, er bette
dieser Sohn hat
gedacht, er hat
gehen und
ist das; ich habe
n-
geliebt?
führ er empört
bemüht, außer
alte sie den le-
ir unorgelich
ar, um mich -
hauptächlich er-
olltest, deine
at eines alten
vante, dir diese
gen getan
standesgemäßes
epung folgt).

bereitung befindet, eine Bestimmung aufzunehmen, durch die solchen Arbeitnehmern, die bei einem Arbeitgeber regelmäßig bis zu der gesetzlich zulässigen Dauer beschäftigt werden, unterjagt wird, ein dauerndes Arbeitsverhältnis mit einem zweiten Arbeitgeber einzugehen, und durch die ferner den Arbeitgebern verboten wird, entgegen dieser Bestimmung Arbeitnehmer wissentlich zu beschäftigen. Zu widerhandlungen sollen unter Strafe gestellt werden. Es ist ferner beabsichtigt, in diesem Entwurfe auch die selbständige Arbeiterarbeit insoweit zu verhindern und mit Strafe zu bedrohen, als sie im Betrieb des Arbeitgebers nach Ablauf der gesetzlichen Arbeitszeit vorgenommen werden soll. Freiwillige Nebenarbeit ohne feste Betriebsstätte kann indes nicht verboten werden, da eine Überwachung ausgeschlossen ist. Hier können nur die Arbeitsverträge als Selbsthilfe eingreifen.

Mängel der Erwerbslosenfürsorge. Bei der Erwerbslosenunterstützung laufen sehr viel Unregelmäßigkeiten unter, weil eine genaue Kontrolle der Unterstützungsempfänger in den Großstädten nicht möglich ist. So kommt es, daß es vielfach einzelnen Personen gelingt, zu gleicher Zeit zwei- und mehrmals die Unterstützung zu erhalten. Die Zahl solcher Betrugsfälle ist nicht gering, denn das amtliche Gemeindeblatt der Stadtgemeinde Berlin bringt in jeder Nummer eine städtische Liste von solchen zur Aburteilung gelangten Straffällen. In der Nr. 49 vom 5. Dezember werden wieder 23 Personen bezeichnet, die wegen betrügerischen Bezuges der Erwerbslosenunterstützung vom Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilt worden sind. Die Strafen betragen 3 bis 100 Tage Gefängnis, außerdem wurde noch auf Geldstrafen in Höhe von 20 bis 500 M erkannt.

Ansteckende Krankheiten. In der Woche vom 21. bis 27. November wurden im Reg.-Bezirk Minden 49 Fälle ansteckender Krankheiten aus 28 Orten gemeldet: 17 Erkrankungen an Diphtherie, 3 Erkrankungen und 1 Todesfall an Kindbettfieber, 8 Todesfälle an Tuberkulose, 15 Erkrankungen an Scharlach, 4 Erkrankungen und 1 Todesfall an Unterleibstypus.

Die Maul- und Klauenseuche im Landreise Herford. Die Maul- und Klauenseuche, die besonders heftig vor einigen Monaten im ganzen Lande wütete und große Schäden in den Viehbeständen rief, ist immer noch nicht erloschen. Auch unser Kreis hat in letzter Zeit wieder einige Fälle der gefährlichen Seuche zu verzeichnen. In Wallenbrück trat die Krankheit in einem Stalle auf, in der Gemeinde Barntingdorf erkrankten davon die Viehbestände von vier Gehöften.

Volkshochschule. Wir werden gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß die angekündigte Vortragsreihe des Herrn Redakteur Rietich aus Bielefeld über die Entwicklung des Sozialismus am Mittwoch nächster Woche beginnt.

Die Bodenreform und die soziale Not. Uns wird geschrieben: Immer drohender wird unsere Not. Am teuresten steht sie in der Finanzlage vor uns. Trotz unerbittlicher Steuern hat das Reich Milliarden ungebedeckter Ausgaben. Da sollte auch dem Blödsinn klar sein, daß das Drucken von ungedecktem Papiergeld keine Hilfe bedeutet. Jedes Stück mehr an ungedecktem Papiergeld muß die Kaufkraft des vorhandenen schwächen, die Lebenshaltung vermehren, die Lebenshaltung erschweren, die Arbeitslosigkeit verringern. Wir müssen heraus aus dieser Papiergeldwirtschaft. Die Bodenreform zeigt den Weg aus der finanziellen Not. Der Boden gewinnt auch ohne Arbeits- und Kapitalaufwendung des einzelnen Besitzers an Wert. Was die Kulturarbeit der Gesamtheit ständig an Wert. Was die Gemeinheit erzeugt, soll auch der Gesamtheit nutzbar gemacht werden. Andererseits braucht unser Volk zu seinem Leben Heimstätten, damit dem erschreckenden Wohnungs- elend ein Ende gemacht wird. Es gibt keinen anderen Aus-

weg. Die Renteinigungsämter sind bald am Ende ihrer Kraft angelangt. Eine Gefährdung unseres Finanzwesens — eine Schaffung von Heimstättenland: es gibt nicht größere Aufgaben auf sozialem und nationalem Gebiet als diese. Ueber all diese Gedanken wird am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Evang. Vereinshaus Herr Kollmeyer-Künster sprechen, der Geschäftsführer des Heimstättenamtes für Rheinland und Westfalen. Er steht mitten in der Praxis und wir rufen alle auf, Männer und Frauen, die es ehrlich meinen mit unserm Volke, sich den Vortrag: „Die Bodenreform und die soziale Not“ anzuhören und daraus Schlüsse für ihr weiteres Handeln zu ziehen.

Musikverein. Man schreibt uns: Es wird darauf hingewiesen, daß am Donnerstag nächster Woche die Proben zum Schlußchor der Auferstehungssymphonie von Mahler und zum Hohen Lied vom Leben und Sterben von Baugnern wieder beginnen. Alle Damen und Herren werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Amt Spenge.

Spenge. Im Jahre 1921 werden in der Wirtschaft Sperleber hier für die Gemeinden des Amtes Spenge und die zum Amt Enge gehörigen Gemeinden Dreien und Wellerenger folgende Gerichtstage abgehalten: 19. Januar, 16. Februar, 16. März, 20. April, 18. Mai, 15. Juni, 13. Juli, 21. September, 19. Oktober, 23. November und 21. Dezember. Die Verhandlungen beginnen 10½ Uhr vormittags.

Wpf. Bielefeld. Das Register der Raubüberfälle ist wieder einmal um einen recht freien Fall vermehrt worden. Als der Kutscher der Firma Oltrogge u. Co. mit einer Fuhrer Maschine auf dem Wege nach Gohfeld und Bad Deynhausen war, wurde er bei der Wirtschaft Frehe an der Herforderstraße gegen 3.30 Uhr morgens von drei maskierten Personen angehalten. Der auf dem Wagen sitzende Kutscher wurde mit dem Revolver bedroht. Die Straßenträuber entwendeten dem Kutscher eine Brieftasche mit 1100 M Bargeld, die Taschenuhr und ein Paar Schuhe. Die Diebe entkamen unerkannt in der Dunkelheit.

Minden. Festgenommen wurde der Gefreite Bernhard Kofche und der Pionier Hans Boldt wegen Einbruchs in die Kompaniekammer der 1. Komp. des Reichswehr-Pionier-Bataillons 10 hierseits. Beide wurden dem Amtsgericht zugeführt. Die entwendeten Sachen konnten zum größten Teil wieder herbeigeführt werden.

Glittershof. In der Nacht zum Sonntag gegen 12 Uhr drangen drei Einbrecher in die Wohnung der Rumpfischen Eheleute hier, West 62. Unter Vorhaft eines Revolvers wurden sie zur Herausgabe von Geld und Lebensmitteln aufgefordert. Die Ehefrau R. konnte entkommen und Nachbarn zur Hilfe rufen. Hierauf entsetzten sich die Täter. Einer der Täter ist erkannt, die polizeilichen Erhebungen sind eingeleitet.

Hamburg. Der ungarische Staatspolizist Rud. Gallovich aus Szeged ist nach Unterschlagung von 90 000 Kronen flüchtig geworden und hat sich vermutlich nach Hamburg begeben, um nach Amerika zu entkommen.

Schlottorf. Welcher hoher Wert heutzutage in einem Viehbestande steckt, möge aus einem Handel erhellen, bei welchem für eine Kuh das nette Stämmchen von 12 000 M erzielt wurde.

Wth. Kopenhagen. In Kiga sind aus Moskau als Diplomaten-gepäck 43 Gemälde von den berühmtesten russischen Meistern eingetroffen und werden dort jetzt durch litauische Zwischenhändler zum Verkauf angeboten. Die Gemälde sind anscheinend aus einer Privatammlung in Moskau gestohlen.

Wth. Newyork. Wie Newyork Herald meldet, explodierten an Bord eines militärischen Leichters 75 Granaten. Zehn Personen wurden verletzt.

Arbeiterbewegung.

M.-Gladbach. Die 25 000 Arbeiter der Textilindustrie des M.-Gladbach-Rheyder Bezirks haben die Arbeit eingestellt. Erhebliche Lohnforderungen waren ihnen bewilligt worden, ihre Forderung auf Einführung einer 46 Stundenwoche wurde dagegen von den Unternehmern abgelehnt.

Viehmärkte.

Alteneffen. Gesamtauftrieb 4326 Stück. Es wurden im Engroszhandel für Ferkel von 6—8 Wochen 140—200 M, für Ferkel von 8—12 Wochen 200—300 M, für Ferkel von 12—15 Wochen 300—450 M und für Ferkel Schweine über 15 Wochen 450—600 M gezahlt. Verlauf des Marktes: mittel.

Sufum. Da der hiesige Ferkelmarkt infolge der noch immer herrschenden Maul- und Klauenseuche noch nicht freigegeben ist, vollzieht sich der Ferkelhandel zur Hauptsache als Stallhandel. Der Handel ist rege. Es kosten Ferkel 1. Qualität 8,00—9,00 M, 2. Qualität 7,50—8,00 M, 3. Qualität 6,50—7,50 M; für fette Schweine werden zur Zeit folgende Preise gerechnet: beste schwere Schweine bis 15,00 M, mittel und gute leichte Ware 10,00—14,00 M, Sauen 10,00 bis 18,00 M für das Pfund Lebendgewicht.

Von den Viehmärkten. In der verfloßenen Woche waren die Zufuhren zu den Hauptviehmärkten wieder etwas reichlicher als in der Vorwoche, jedoch ließ die Zufuhr auf einzelnen Märkten auch zu wünschen übrig. Die in einzelnen Gegenden festgesetzten Richtpreise tragen viel dazu bei, daß diese Märkte schwächer beschickt werden, und das Vieh nach anderen Gegenden abgehoben wird. So hat man verschiedentlich die Richtpreise wieder aufgehoben und Kommissionen gewählt, die bei der Reichsregierung dahin vorstellig werden sollen, daß Richtpreise für das ganze Reich festgelegt werden. Die Viehhändler dagegen sind wieder für völlige Aufhebung der Richtpreise. Andererseits ist man zur Selbsthilfe geschritten, und geschlossene Arbeitergruppen kaufen Vieh und Fleisch direkt vom Erzeuger. Durchschnittlich kosteten Rinder 900—1000 M, Kälber 500—1000 M, Schafe 400—900 M, Schweine 1000—1700 M. Am Pferdemarkt war der Handel weiter lebhaft zu unverändert hohen Preisen.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	7. Dez.		6. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	2347,65	2352,35	2320,25	2231,75
Brüssel-Antwerpen	—	—	472,00	473,00
Christiania	1083,90	1086,10	1023,95	1026,05
Kopenhagen	1091,40	1093,80	1036,45	1038,55
Stockholm	1471,00	1474,00	1428,15	1431,45
Helsingfors	161,80	162,20	157,80	158,20
London	262,20	262,50	264,70	265,80
Newyork	75,17	75,33	75,42	75,58
Paris	—	—	442,05	442,95
Schweden	—	—	1161,80	1163,70
Spanien	—	—	—	—
Wien (allg.)	—	—	—	—
Wien (Deutsch-Österreich abgeh.)	22,47	22,58	22,47	22,58
do.	84 2/3	84 47/100	84 50	84 70
Budapest	14,98	15,02	15,35 1/2	15,39 1/2

Der Wert der Mark in Pfennig:

in	6. Dez.	4. Dez.	in	6. Dez.	4. Dez.
Holland	7,5	7,8	London	7,9	8,2
Belgien	17,1	17,9	Newyork	5,5	5,9
Norwegen	11,0	11,5	Paris	18,3	18,9
Dänemark	11,9	11,3	Schweden	7,0	7,3
Schweden	7,9	8,2	Spanien	8,5	8,4
Italien	30,6	31,7			

(Berechnet nach den in Berlin festgesetzten Kursen für telegraphische Auszahlung.)

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Kuhle; für den Inseratenteil verantwortlich G. Wese; beide in Herford.

Städtische Volkshochschulkurse Herford.

Die Vortragsreihe Rietich: Die Entwicklung des Sozialismus beginnt am Mittwoch, den 15. d. Mts., abends 7.30 Uhr in der Aula des Gymnasiums und findet dann regelmäßig jeden Mittwoch statt. Bezahlung des Hörgeldes auf der Kasse der Rietichsche. Der Ausschuß.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Kartoffeln. In der Markthalle können gute Speisefertkartoffeln zum Preise von 40 M je Zentner gekauft werden. Die Abgabe erfolgt nur an solche Haushaltungen, die noch nicht, oder nur mit einer kleinen Menge beliefert worden sind. Die Lebensmittelfarten sind mitzubringen.

Bezieher von Saatarten werden hiermit aufgefordert, nicht belieferte Saatarten bis zum 15. Dezember 1920 im Rathhaus, Zimmer 108, abzuliefern. Auf Saatkarte bezogenes, nicht zur Ausfaat gelangtes Saatgut ist in der Wahlte Begien Nachf. abzuliefern. Herford, den 7. Dezember 1920.

Lebensmittellamt.

Kohlenverkauf auf Markte 19.

Am Donnerstag, den 9. Dezember d. J.: Bezirk 13 Friedemeyer, Stückkohlen 19,20 M, Bezirk 14 Schnieder, Stückkohlen 19,20 M. Deutsches Kohlenamt Herford-Stadt.

Die Schlachtzeiten werden von jetzt ab wie folgt festgesetzt: Montag von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr abends, Dienstag von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr abends, Mittwoch von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. Die letzte Lebendbefahrung findet 2 Stunden vor Schluß der Schlachtzeit statt. Die Hallen werden Montag und Dienstag um 1 Uhr geschlossen. Herford, den 7. Dezember 1920.

Der Magistrat.

In diesem Jahre findet wieder im Kinderhort (Hygeumbarade) eine Handfertigkeits-Ausstellung statt, und zwar am Sonntag, den 12. Dezember 1920, von vormittags 10½ Uhr bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr. Zur Ausstellung gelangen: Sachen in Holz, Nadeln, Papp- und Papierarbeiten, praktische Haushaltungssachen, Spiel- sachen usw., die von den Kindern des Hortes angefertigt sind. Zu dieser Veranstaltung laden wir Freunde der Sache herzlichst ein. Herford, den 8. Dezember 1920.

Der Magistrat.

Gemäß einem Erlasse des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wird für Wartunterfuchungen bei Pferden auf Hoch künftig anstatt einer Gebühr von 1,00 M eine Gebühr von 2,000 M zur Staatskasse erhoben. Herford, den 2. Dezember 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Vergebung städtischer Arbeiten.

Handwerker, die im kommenden Jahre bei Vergebung städtischer Arbeiten berücksichtigt werden wollen, fordern wir hiermit auf, sich bis

Freitag, den 31. Dezember 1920, auf dem Stadtbauamt, Zimmer 87, zu melden. Herford, den 3. Dezember 1920.

Das Stadtbauamt.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten in Minden folgendes bestimmt:

§ 1. Sperrbezirke bilden folgende Gehöfte: in der Gemeinde Wallenbrück Landwirt Heinrich Tiemann Nr. 5, in der Gemeinde Bardüttindorf Neubauer Hermann Specht Nr. 53, Feuerling August Tiemann Nr. 6, Landwirt Heinrich Enkel Nr. 47, Landwirt Hermann Kappelmann Nr. 67.

§ 2. Auf die Sperrbezirke finden die Vorschriften der Viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Ministers vom 1. 5. 1912 (R. G. Bl. S. 519) Anwendung. Herford, den 1. Dezember 1920.

Der Landrat.

Sie sind daran schuld!

wenn Sie unsere heute beginnenden billigen Schuhtage versäumen werden. Wir bringen diese Woche sehr preiswerte Angebote, so dass es in Ihrem eigenen Interesse liegt, Ihren Weihnachtsbedarf jetzt zu decken. **Schuhhaus Wessel** Gegr. 1892 Gehenberg 28 Tel. 1036 Versäumen Sie nicht die günstige Gelegenheit, Sie würden es später bereuen

Schuld daran sind Sie!



Neu eingetroffen:
Blaue Zwiebelmuster - Geschirre,
Tonnengarnituren, Kaffeeservice.

Spielzeuge
und
Geschenk-Artikel
in vielseitiger Auswahl!

Bitte beachten Sie die Fenster-Auslagen!
Rosenbaum, Radewig.

Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr
im Evangel. Vereinshause:

Vortrag
über
„Bodenreform und soziale Not“.
Redner: Herr Kollmeyer-Münster.
Eintrittskarten zu 1 Mk. bei Kollkamp, Alter Markt und
Abendkasse.
Der Saal ist gut geheizt.

Die gut
bürgerliche Wohnung

wie sie eingerichtet sein soll, fin-
den Sie in den Ausstellungsräumen
von
August Stüssel
Möbelfabrik
Gehrenberg 26 Herford Höckerstrasse
Telefon 207.

Besichtigung ohne Kauf-
zwang erwünscht!

Täglich frischen
Fisch, Rottkohl, Wirsing, rote Möhren,
braunen Kohl, gelbe Stedrüben, rote
Beeten, Salz- u. marinierte Serringe, Salz-
und Essig-Surten.

Fr. Drewes, Johannisstraße 7.
Donnerstag auf dem Wochenmarkt.

Buchenbrennholz

(Ofenlänge) und

trocknen, harten Torf

empfehlen

August Gläster,

Hibdenhausen, Kohlenhandlung, Fernruf 595.

Ihr Bruch wird größer

Probieren Sie meine Erfindung, die ihn ohne Feder zurückhält.
20.000 Befürworter in 5 Jahren. Ferner: Bandagenhaus Dr.
Winterhalter, Halle (Saale). Bin mit Muster in Herford
nur Sonnabend, den 11. Dezember, von vormittags
9 bis nachmittags 5 Uhr im Hotel Kaiserhof.

Nur für verheiratete Damen,

die sich ihrer Hausfrauenspflichten wegen
nicht um moderne Kosmetik kümmern
können. Ist es noch ein Geheimnis, daß
der Feinsinn ohne viel Mühe stets glatt,
rein und hart bleiben kann: durch regel-
mäßige Waschungen mit „Kos-Seifend-
Mittel“! Dieses beliebte Kosmetik-
mittel der Exportkultur beseitigt alle Mit-
ter und Pöbel, seine harte Frottage
belebt und erfrischt die Haut und macht
sie trotz Kälte und Alltagsstaub
blumig und jugendlich. „Kos-Seifend-
Mittel“ ist überall erhältlich.



Alle Sorten
Waschmittel

kaufen Sie am besten
und billigsten in der Ver-
kaufsstelle der //

Sparo-Gesellschaft
Neuer Markt 4.

Nähmaschinen

FÜR HAUS- UND INDUSTRIEGERBRAUCH,
sowie versenkbare Nähmaschinen in ver-
schiedensten Ausführungen.
Reparaturen an sämtlichen Systemen werden prompt
und preiswert ausgeführt.

H. Corsmann

Fernruf 925. Nähmaschinenhandlung
und mechanische Reparaturwerkstatt.
Gübenstrasse.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie jede
Läuse-Plage

auch Flöhe samt Brut (Nissen) bei Menschen und Tieren mit
meiner pat. gef. Mittel „Ecolida“, Wunden u. Haaren unschäd-
lich. Verkauf: Fleischer Schlemmer, Herford, Radewigerstr. 33.

Tuch-Spezialhaus

Vornehme Massschneiderei
für
Damen- und Herren.
Garantie für ladeelosen Sitz
und schicke Verarbeitung.

Grosse Auswahl
von
in- und ausländischen
Stoffen

Lehmacher

Fernsprecher 971 Herford Bäckerstrasse 33



Wohin? Zeitig?

Zum Herforder Spezial-Bettenhaus E. & F. Maack
HERFORD, Mindenerstr. 1. BIELEFELD, Niederwall 15

Beste Bezugsquelle für Federbetten, Inletts, Daunens, Federn,
Halbdaunen, Steppdecken, Metallbettstellen für Erwachsene und Kinder.

Nur 4 Tage! Vom 6.—9. Dez. Nur 4 Tage!
Grosser Schlafdecken-Verkauf.
Unser Geschäft ist am Sonntag, den 12. und 19. geöffnet.

Brinkmann's Saal.
Mittwoch abend, 7 1/2 Uhr:
Konzert
des Stadt. Orchesters.

Kaffee Germania
Täglich Konzert.

2 helle Kellerräume
oder Werkstätten gegen gute
Bezahlung sofort zu mieten ge-
sucht. Angebote unter 13189
an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Bessere Herren können noch am
guten Mittagstisch
teilnehmen.

Clarenstraße 8. I.

Empfehle mich zum
Namensticken, Wäsche
Bünderstraße 53.

Für Beizelei und Poliererei
Lehrjungen
gesucht.

Möbelfabrik
August Stüssel.

Mehrere

Tischler

steht ein
Schmeckebier & Lindemann
Schweidern.

Wirtschaftlerin

erfahrene, evangel., die sich allen
vorherrschenden Arbeiten unter-
zieht, für frauenlosen Hof im
Kreise Welle bei Familien-
aufschluß und gutem Gehalt zu
sofort gesucht. (Meine frühere
Wirtschaftlerin gibt die Stelle
auf zwecks Heirat). Angebote
unter B. 13193 an die Ge-
schäftsstelle d. Zeitung.

Beethovenfeier
im Lehrerseminar am 11. Dez.
abends 7 1/2 Uhr.
Eintrittskarten zu 3 Mk. in
d. Buchhandl. W. Menckhoff
und durch Schüler zu haben.

Zweifamilienhaus

mit Garten und Stallung an
der Elberfelderstraße 115 preis-
wert zu verkaufen. Näheres
S. Dehne, Rheda,
Berg. Winden, Fernruf 78.

Suche ländliche
Gastwirtschaft

mit etwas Stallung u. Garten
zu kaufen evtl. zu pachten.
Preisangabe erwünscht. Gef.
Angebote erbitte unter 13264
an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Hier oder Umgehend suche ich

Wohnhaus
oder Villa

bei hoher Anzahlung evtl. auch
Landstelle

Arzt. Preisangeb. erbeten an:
M. 518 „Stella“ Ann. Exp.
Hannover, Carlstraße 15.

6-8000 Mark

2. Hypothek auf größere Be-
sitzung im Mittelpunkt der Stadt
zu leihen gesucht.
Angebote unter Nr. 13203
an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Wollen Sie
viel Geld

für
Alteisen
Lumpen
Kupfer
Messing
Zinn
Blei
Felle
Pferdehaare

so wenden Sie sich an
Heinemann's
Rohprodukten-
Handlung
Credenstraße 17
Telefon 928.

Betten,

Federn, Daunens und Bettinletts-
stoffe, kaufen Sie reell und vor-
teilhaft in den altbekannten
Betten-Spezialhaus
Pecher & Co.
in HERFORD, Kurfürstenstr. 24.
Lagerbesuch erwünscht.

Prima junges
fettes
Fleisch

empfiehlt
Paul Oehmman,
Credenstr. 34. Telefon 657.

Ein Eisenbahnzug

zu verkaufen.
W. Heß,
Hafenbrink Nr. 12.

Dampfessel

und Maschine, 25 qm Heizfläche,
8 Atm. Druck, sehr gut erhal-
ten, noch im Betrieb zu beschaffen,
steht zum Verkauf. Kesselpapier
ist eingeleitet bei
G. Brune, Sämmlingerstr. 7
Telefon 1405.

Weißemall. Kochherd

mit Gaslocher,
ein kleiner Füllkasten, sowie
mehrere elektr. Beleuchtungs-
körper zu verkaufen.
Diebrockerstraße 29.

Schirm

bei der Aufführung Kolberg am
Dienstag abhanden gekommen.
Wiederbr. erhält Belohnung.
Hermannstraße 43 I.

Schwarzer, Gehrock

fast neuer
Größe 48, zu verkaufen. Nach-
fragen unter 13246 in der
Geschäftsstelle d. Zeitung.

Bettmatten!

Beheizung garantiert sof. durch
unsern Kompressor. Alter und
Geschlecht angegeben. Auskunft
umf. durch **Norra-Berand,**
Fährh. i. B., Sommerstraße.

raum statt. 3 Tote, etwa 10 Schwerverletzte und Hunderte von Leichtverletzten wurden geborgen. Die Gebäude sind stark beschädigt. Der Betrieb wird teilweise aufrecht erhalten. Unbestätigte Berichte melden 15 Tote.

Großmühle abgebrannt.

tu. Berlin, 7. Dez. (Sig. Drahtb.) Die Müllendorfer Dampfmühle bei Eberswerda wurde, wie gemeldet wird, durch ein Großfeuer vollkommen eingeäschert. Ebenso wurde die dazu gehörige Schneidemühle vernichtet. Da die gesamten aufgestapelten Getreidemengen und ein umfangreiches Holzlager mitverbrannten, so ist der Schaden außerordentlich hoch. Es wird Brandstiftung vermutet.

Eine halbe Million Diebesbeute.

Berlin. Ein schwerer Einbruch wurde Sonntagabend in der Magdeburgerstraße 21 verübt. Dort verließ um 3.30 Uhr die Direktorwitwe Schmidt ihre Wohnung, die ohne Aufsicht blieb. Als sie nach dreiviertel Stunden zurückkehrte, fand sie die Räume erbrochen. Die Diebe hatten die kurze Zeit benutzt, um für eine halbe Million Wertfachen, namentlich Pelzfächer verschiedener Art, wegzuschaffen, ohne daß jemand im Hause etwas merkte. Von dem Räter und dem Verbleib der Beute fehlt noch jede Spur.

Ein Muttermörder.

tu. Langfuhr, 7. Dez. (Sig. Drahtb.) Der 23jährige Kaufmannslehrling Erich Lange, der Sohn eines Eisenbahnsekretärs,

ermordete hier seine Mutter in der elterlichen Wohnung durch Erdroffeln mit einem Handtuch. Der Räter wollte die Unwesenheit seines nach Berlin verlegten Vaters benutzen, um von der Mutter Geld zu erhalten, das sie ihm aber verweigerte. Der Mörder wurde festgenommen.

Das Befinden der Kaiserin.

wtb. Amsterdam. Haus Doorn teilt mit: Das Befinden der ehemaligen deutschen Kaiserin bleibt durch zeitweiliges Auftreten der Herzschwäche ernst. Prinz Oskar und der Herzog von Braunschweig und Oberhofprediger von Dröbner sind abgereist, das Eintreffen der Prinzen Eitel Friedrich und August Wilhelm wird erwartet.

Direktor Brindörfer in der Schweiz verhaftet.

Der Direktor des Eden-Hotels, Brindörfer, ist auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft in der Schweiz, in einer Gastwirtschaft des Kantons St. Gallen, verhaftet worden. Das Bundesgericht hatte, wie man sich erinnert, Direktor Brindörfer wegen Schleichhandels nach längeren und eingehenden Verhandlungen zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten und einer Geldstrafe von 200 000 M. verurteilt. Diesen Strafen versuchte er sich durch die Flucht zu entziehen und gab in einem hinterlassenen Briefe die Absicht kund, sich zunächst nach Monte Carlo zu wenden. Der nach

seiner Flucht gegen ihn erlassene Haftbefehl ist nunmehr in der Schweiz zur Ausführung gelangt. Die Verhandlungen wegen Auslieferung des Direktors Brindörfer nach Deutschland dürften schon eingeleitet werden.

NIVEA

Vorbeugend, hellend, lindernd und kühlend bei spröder, rissiger Haut, Entzündungen, kleinen Verletzungen, Brandwunden und leichten Ausschlägen wirkt Nivea-Creme.

A. Betersdorf & Co., G. m. b. H., Hamburg.
Hersteller der Zahnpasta PEBECO.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Ruhle; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese; beide in Herford.



OSTHOFF-HERFORD

STEINHÄGER - EDELLIKÖRE - WEINBRAND

SCHUTZMARKE. Gegn. 1863



OSTHOFF-HERFORD

STEINHÄGER - EDELLIKÖRE - WEINBRAND

SCHUTZMARKE. Gegn. 1863

Im Jahre 1921 werden seitens des unterzeichneten Gerichts in der Wirtschaft Sportleder in Spenge für die Gemeinden des Amtes Spenge und die zum Amt Einger gehörigen Gemeinden Dreyen und Kestereyenger Gerichtstage abgehalten am

19. Januar, 16. Februar, 16. März, 20. April, 18. Mai, 15. Juni, 13. Juli, 21. September, 19. Oktober, 23. November, 21. Dezember.

Die Verhandlungen beginnen vormittags gegen 10½ Uhr.

Herford, den 30. November 1920.

Das Amtsgericht.

Durch die Verordnung zur Abänderung des Gewerbegerichts-gesetzes und des Gesetzes, betreffend Kaufmannsgerichte, vom 29. Oktober d. J. (R. G. Bl. S. 1843) ist die Höchstgrenze des Jahresarbeitsverdienstes an Lohn und Gehalt, bis zu welcher Betriebs-beamte, Werkmeister, mit höheren technischen Dienstleistungen be-traufte Angestellte als Arbeiter im Sinne des Gewerbegerichts-gesetzes gelten sollen, und über die hinaus das Gesetz, betreffend Kauf-mannsgerichte, auf Handlungsgehilfen keine Anwendung findet, auf 30 000 M. erhöht worden. Dadurch ist eine Erweiterung des Kreises der für Beisitzerwahlen für Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte Wahlberechtigten und Wählbaren herbeigeführt worden.

Zu wählen sind 6 Beisitzer und zwar 3 aus dem Kreise der Ar-beitgeber und 3 aus dem Kreise der Arbeitnehmer. Die Wahl-periode dauert vom 1. Januar 1921 bis 31. Dezember 1926.

Gemäß § 9 des Ortsstatuts betr. das Kaufmannsgericht der Stadt Herford sind diejenigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Ausübung des Wahlrechts berechtigt, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben und in die anzulegenden Wählerlisten eingetragen sind. In diese Liste werden diejenigen Wähler aufgenommen, welche ihre Stimmberechtigung in der Zeit

vom 24. November bis 11. Dezember 1920

im Zimmer 19 des Rathauses schriftlich oder mündlich anmelden. Als Ausweis für die Wahlberechtigung haben die Arbeitnehmer eine Bescheinigung ihres Arbeitgebers vorzulegen. Die arbeits-losen Arbeitnehmer haben eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß sie in der Stadt Herford ihren Wohnsitz haben. Bei der An-meldung der Stimmberechtigung ist ferner das Alter des Anmel-dernden durch Vorlegung des Geburtscheines, der Militärpapiere oder sonstiger Legitimationen nachzuweisen.

Herford, den 3. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts.

Neuwahlen der Beisitzer für des Kaufmannsgericht.

Durch Verordnung des Bundesrats vom 12. 7. 1917 auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirt-schaftlichen Maßnahmen ufw. vom 4. August 1914 war die Amts-dauer der Beisitzer des Kaufmannsgerichts bis zum Ablauf von 6 Monaten nach Beendigung des Kriegszustandes verlängert.

Die Reichsregierung hat durch Verordnung vom 12. Mai 1920 als Zeitpunkt der Beendigung des Kriegszustandes den 10. Januar 1920 bestimmt und dabei angeordnet, daß, soweit die Neuwahlen nicht bis zum 10. Juli 1920 durchgeführt sind, die Amtsdauer der Beisitzer bis zur Durchführung der Neuwahlen, jedoch längstens bis zum 31. Dezember 1920 verlängert wird.

Sämtliche bisher im Amte tätigen Beisitzer des Kaufmanns-gerichts scheiden daher spätestens bis Ende des Jahres 1920 aus und sind dafür Neuwahlen erforderlich und zwar:

3 Arbeitgeber und 3 Arbeitnehmer.

Für die Wählbarkeit und das Wahlrecht sowie das Verfahren gelten die Bestimmungen der §§ 10, 12, 13, 14, 15 des Kaufmanns-gerichts-gesetzes und der §§ 6, 8, 9, 10, 11 des dazu erlassenen Ortsstatuts.

Die Bestimmungen des Ortsstatuts des Kaufmannsgerichts werden im Nachstehenden auszugsweise bekannt gegeben, wobei die durch die Verordnung vom 12. Mai 1920 erfolgten Abänderungen des Kaufmannsgerichts berücksichtigt wurden.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß auf Grund der Verordnung vom 12. 5. 1920 die Wahlberechtigung mit dem voll-endeten 20. Lebensjahre beginnt und weibliche Personen zur Teil-nahme an der Wahl berechtigt sind.

§ 6. Allgemeine Erfordernisse für die Mitglieder. Zum Mit-gliede eines Kaufmannsgerichts können nicht berufen werden:

1. Personen weiblichen Geschlechtes;
2. Ausländer;
3. Personen, welche die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben;
4. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Ver-brechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Beklei-dung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann;
5. Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Ver-fügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Zum Mitgliede des Kaufmannsgerichts — einschl. des Vor-sitzenden und des Stellvertreters — soll nur berufen werden, wer das dreißigste Lebensjahr vollendet und in dem der Wahl voran-gegangenen Jahre für sich oder seine Familie Armenunterstützung auf Grund des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 (R. G. Bl. S. 360) und des Gesetzes, betreffend die Aus-führung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz, vom 8. März 1871 (G. S. S. 130) nicht empfangen oder die empfangene Armenunterstützung erstattet hat. Zum Beisitzer soll nur berufen werden, wer im Bezirke des Gerichts seit mindestens zwei Jahren seine Handelsniederlassung hat oder beschäftigt ist.

Zu Mitgliedern des Kaufmannsgerichts sollen nicht berufen werden Personen, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebre-chen zu dem Amte nicht geeignet sind.

§ 8. Beisitzer. Die Beisitzer müssen zur Hälfte aus den Kauf-leuten, welche mindestens einen Handlungsgehilfen oder Handlungs-lehrling regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen, zur Hälfte aus den Handlungsgehilfen entnom-men werden.

Die Beisitzer aus dem Kreise der Kaufleute werden mittels Wahl der im Absatz 1 bezeichneten Kaufleute, die Beisitzer aus dem Kreise der Handlungsgehilfen mittels Wahl der Handlungsgehilfen auf die Dauer von 3 Jahren bestellt. Wiederwahl ist zulässig.

§ 9. Zur Teilnahme an den Wahlen sind nur berechtigt:

- a) solche Kaufleute, welche das zwanzigste Lebensjahr vollendet und im Bezirke des Kaufmannsgerichts ihre Handlungs-niederlage haben;
- b) solche Handlungsgehilfen, welche das zwanzigste Lebensjahr vollendet und im Bezirke des Kaufmannsgerichts beschäftigt sind.

Die im § 6 Abs. 1 dieses Statuts bezeichneten Personen sind nicht wahlberechtigt mit Ausnahme der weiblichen Personen.

§ 10. Den Kaufleuten im Sinne der §§ 7 bis 9 stehen gleich die Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft oder einge-tragenen Genossenschaft oder einer als Kaufmann geltenden juristi-schen Person, sowie der Geschäftsführer einer Gesellschaft mit be-schränkter Haftung.

§ 11. Die Wahl der Beisitzer. Die Wahl der Beisitzer ist un-mittelbar und geheim. Sie erfolgt nach den Grundätzen der Ver-hältniswahl. Der gesamte Bezirk des Kaufmannsgerichts bildet einen Wahlbezirk. Zur Ausübung des Wahlrechts werden nach Maßgabe des Verhältnisses in hinreichender Zahl örtliche Wahlstellen eingerichtet. Das Wahlrecht darf nur an einer Stelle ausgeübt werden, und zwar an derjenigen, in deren Bezirk der Wähler zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten seine Handelsniederlassung hat oder beschäftigt ist.

Der Termin zur Vornahme der Wahlen wird noch bekannt ge-geben.

Mit Bezug auf § 14 des Ortsstatuts fordern wir hiermit die wahlberechtigten Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf, die Wahlvor-schlagslisten an die Gerichtsstelle des Kaufmannsgerichts, Rat-haus, Zimmer 19, bis zum 10. Dezember d. J. einzureichen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Stimmabgabe bei den Wahlen auf die in diesen Listen vorgeschlagenen wählbaren Personen be-schränkt ist.

Die Vorschlagslisten für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer dürfen höchstens je 3 Namen enthalten, sie müssen sämtlich geson-dert aufgestellt, von mindestens je 20 Wählern unterzeichnet sein und ausdrücklich einen für weitere Verhandlungen Bevollmächtigten Vertreter bezeichnen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß jeder Wähler nur eine Vorschlagsliste unterzeichnen kann, hat er mehrere unter-schrieben, so wird sein Name auf diesen gestrichen, so daß erforder-lichenfalls anstelle der gestrichenen andere Unterschriften beschafft werden müssen.

Formulare zu den Vorschlagslisten werden auf der Gerichts-schreiberei des Kaufmannsgerichts kostenlos verabfolgt.

Bei der Wahl selbst, die nach den Grundätzen der Verhältnis-wahl erfolgt, überreichen die zur Stimmabgabe sich meldenden Per-sonen einen Ausweis über ihre Personals als Legitimation (§ 15 des Kaufmannsgerichts-Statuts). Bei den Arbeitnehmern muß der Ausweis zettel entweder von dem betreffenden Arbeitgeber oder von dem zuständigen Polizei-Bezirksvorsteher unterschrieben sein.

Das Wahlrecht kann nur in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt werden.

Herford, den 3. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts.

Durch die Verordnung zur Abänderung des Gewerbegerichts-gesetzes und des Gesetzes, betreffend Kaufmannsgerichte, vom 29. Oktober d. J. (R. G. Bl. S. 1843) ist die Höchstgrenze des Jahresarbeitsverdienstes an Lohn und Gehalt, bis zu welcher Betriebs-beamte, Werkmeister, mit höheren technischen Dienstleistungen be-traufte Angestellte als Arbeiter im Sinne des Gewerbegerichts-gesetzes gelten sollen, und über die hinaus das Gesetz, betreffend Kauf-mannsgerichte, auf Handlungsgehilfen keine Anwendung findet, auf 30 000 M. erhöht worden. Dadurch ist eine Erweiterung des Kreises der für Beisitzerwahlen für Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte Wahlberechtigten und Wählbaren herbeigeführt worden.

Zu wählen sind 18 Beisitzer und zwar 9 aus dem Kreise der Arbeitgeber und 9 aus dem Kreise der Arbeitnehmer. Die Wahl-periode dauert vom 1. Januar 1921 bis 31. Dezember 1926.

Gemäß § 8 des Ortsstatuts betr. das Gewerbegericht der Stadt Herford sind diejenigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Ausübung des Wahlrechts berechtigt, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben und in die anzulegenden Wählerlisten eingetragen sind. In diese Liste werden diejenigen Wähler aufgenommen, welche ihre Stimmberechtigung in der Zeit

vom 24. November bis 10. Dezember 1920

im Zimmer 19 des Rathauses schriftlich oder mündlich anmelden. Als Ausweis für die Wahlberechtigung haben die Arbeitnehmer eine Bescheinigung ihres Arbeitgebers vorzulegen. Die arbeits-losen Arbeitnehmer haben eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß sie in der Stadt Herford ihren Wohnsitz haben. Bei der An-meldung der Stimmberechtigung ist ferner das Alter des Anmel-dernden durch Vorlegung des Geburtscheines, der Militärpapiere oder sonstiger Legitimationen nachzuweisen.

Herford, den 3. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Gewerbegerichts.

Tagesordnung

zu der am
Freitag, den 10. Dezember 1920, 5½ Uhr nachmittags,
stattfindenden

Stadtvorordneten-Sitzung.

1. Antrag des Magistrats betr. Gemeindebesteuerung des reichs-freien Einkommens.
2. Antrag des Magistrats betr. Nachbewilligung von M. 1800.— aus Abschnitt XIII B für das Diakonissenhaus Sarepta.
3. Antrag des Magistrats betr. Ernennung der Mitglieder der Gesellschaft der Freunde der deutschen Bäckerei.
4. Antrag des Magistrats betr. Erlaß einer Verordnung gegen Wohnungsmangel.
5. Antrag des Magistrats betr. Erlaß einer Ordnung über die Abdeckung und Ordnung von Ausfluchtklinen.
6. Antrag des Magistrats betr. Aenderung der Lohnordnung für die in der Stadtverwaltung vorübergehend beschäftigten Ar-beiter und Arbeiterinnen.
7. Antrag des Magistrats betr. Abänderung des Gemeindebe-schlusses vom 13. 11. 1912 wegen des Schlachtwanges in der Stadtgemeinde Herford.
8. Antrag des Magistrats betr. Bewilligung von M. 20 000.— aus Abschnitt XII B für Reparaturen an den Häusern am Klosterberge.
9. Antrag des Magistrats betr. Aenderung der Fluchtlinie der O-Strasse.
10. Antrag des Magistrats betr. Anlage eines neuen Friedhofes.
11. Antrag des Magistrats betr. anderweitige Fassung der Ordnung über die Erhebung von Standgebühren.
12. Antrag des Magistrats betr. Aenderung der Bedingungen für die Herstellung der Leitungen und Entnahme von Was-ser und Elektrizität.
13. Antrag des Magistrats betr. Nachbewilligung der zur Deckung der Etatsüberschreitungen erforderlichen Mittel.
14. Bericht des Schriftführers.

Herford, den 3. Dezember 1920.

Der Stadtverordneten-Vorsitzer. J. D. Böden.

Sich "mal" aussprechen.
„Sollen kann ich es anvertrauen, sie sagen es ja nicht
Mündlichkeit aber ist der aus Zitronen gepresste Saft gegen
Mundfaule, ich habe Säure, überbaurt gegen Mundfaule
beten! Daher solltet Zitronensaft zum Auswischen
tiefster Zitronensaft, während des Stöckchens mehrere
Male des Tages eingesogen, heißt das Übel in kurzer Zeit.
Unbitterlich aber ist der aus Zitronen gepresste Saft gegen
Mundfaule, ich habe Säure, überbaurt gegen Mundfaule
beten! Daher solltet Zitronensaft zum Auswischen
tiefster Zitronensaft, während des Stöckchens mehrere
Male des Tages eingesogen, heißt das Übel in kurzer Zeit.“

Roman von Otto Behrend.

Die heilenden Kräfte der Btrome. Es gibt noch eine ungeheure Anzahl von Gemächten, deren vorzügliche Kräfte gegen gewisse Krankheiten noch nicht ermittelt sind. Die Zukunft wird in dieser Beziehung noch vieles lehren. Eben so viele Krantern wohnen auch verschiedenen — wir möchten sagen allen — Gemüthlichen heilame Kräfte inne, der einen brucht mehr, der anderen weniger. Zu den nützlichsten der heilamsten Früchten gebört die Btrome, die gegen die meisten Krankheiten ein Schutz- oder Heilmittel ist. Fast Niemand dieses unglauulich, und doch ist es wahr. Gegen jede Males- und Ggelskrankheit, wie chronisches Halsleiden, Diptherie, irgend welche Versteumung, Mangelkrankheit usw. ist sie von ausgesetzter Wirkung, da sie nicht nur eine weitere Verbreitung der Krankheit verhindert, sondern auch das Lager derselben erschlößt. Dabel ist sie durchaus unschädlich, in welchen Mengen man sie als Heilmittel auch anbrucht. Mehr

do! sie selb — hat's auch an nichts geistl, daß war eine
arme Frau, und damals hatte ich noch nicht so viel, aber

(Fortsetzung folgt.)

om der iugstige frage!

100